

Satzung der Stadt Nideggen über die Erhebung von Abwassergebühren, Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse vom 08.07.2010

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17.12.2009 (GV. NRW. 2009, S. 950), der §§ 1, 2, 4 bis 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV. NRW. 2009, S. 394), und des § 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16.03.2010 (GV. NRW. 2010, S. 185), hat der Rat der Stadt Nideggen in seiner Sitzung am 06.07.2010 folgende Satzung beschlossen:

1. Abschnitt Finanzierung der Abwasserbeseitigung

§ 1 Finanzierung der städtischen Abwasseranlage

- (1) Zur Finanzierung der städtischen Abwasseranlage erhebt die Stadt Abwassergebühren, Kanalanschlussbeiträge sowie Kostenersätze für Grundstücksanschlussleitungen nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen.
- (2) Entsprechend § 1 Abs. 2 der Entwässerungssatzung der Stadt Nideggen vom 08.07.2010 stellt die Stadt zum Zweck der Abwasserbeseitigung in ihrem Gebiet und zum Zweck der Verwertung oder Beseitigung der bei der städtischen Abwasserbeseitigung anfallenden Klärschlämme die erforderlichen Anlagen als öffentliche Einrichtung zur Verfügung (städtische Abwasseranlagen). Hierzu gehören der gesamte Bestand an personellen und sachlichen Mitteln, die für eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung erforderlich sind (z.B. das Kanalnetz, Kläranlagen, Regenwasser-Versickerungsanlagen, Transportfahrzeuge für Klärschlamm aus Kleinkläranlagen und Inhaltstoffen von abflusslosen Gruben, das für die Abwasserbeseitigung eingesetzte Personal).
- (3) Die städtischen Abwasseranlagen bilden eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit, die auch bei der Bemessung der Kanalanschlussbeiträge und Abwassergebühren zugrunde gelegt wird.

2. Abschnitt Gebührenrechtliche Regelungen

§ 2 Abwassergebühren

- (1) Für die Inanspruchnahme der städtischen Abwasseranlage erhebt die Stadt nach § 4 Abs. 2 und § 6 KAG NRW Abwassergebühren (Benutzungsgebühren) zur Deckung der

Kosten im Sinne des § 6 Abs. 2 KAG NRW sowie der Verbandslasten nach § 7 KAG NRW.

- (2) Die Stadt erhebt die Abwassergebühren getrennt für die Beseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser (Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln sowie das Entwässern von Klärschlamm im Zusammenhang mit der Beseitigung des Abwassers).
- (3) In die Abwassergebühr wird nach § 65 LWG NRW eingerechnet:
 - die Abwasserabgabe für eigene Einleitungen der Stadt (§ 65 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LWG NRW),
 - die Abwasserabgabe für die Einleitung von Niederschlagswasser (§ 65 Abs.1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 64 Abs. 1 Satz 2 LWG NRW),
 - die Abwasserabgabe, die von Abwasserverbänden auf die Stadt umgelegt wird (§ 65 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 LWG NRW).
- (4) Die Abwasserabgabe für Kleineinleiter (§ 65 Abs.1 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. § 64 Abs.1 Satz 1 LWG NRW) wird im Rahmen der Gebührenerhebung nach § 11 dieser Satzung von denjenigen erhoben, die keine Kleinkläranlage haben, die den Anforderungen des § 57 LWG NRW entspricht.
- (5) Die Abwassergebühr ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück (§ 6 Abs. 5 KAG NRW).

§ 3 Schmutzwassergebühren

- (1) Die Gebühr für Schmutzwasser gliedert sich in eine Grundgebühr je an die Abwasseranlage angeschlossenem Grundstück für Vorhalteleistungen der Stadt und in eine Gebühr, die nach der Menge des häuslichen und gewerblichen Schmutzwassers in m³ berechnet wird, das der Abwasseranlage von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt wird.
- (2) Als Schmutzwassermenge gilt die aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogene Frischwassermenge (§ 3 Abs. 3) und die aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z.B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen, Zisternen) gewonnene Wassermenge (§ 3 Abs. 4) abzüglich der auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen, die nicht in die städtische Abwasseranlage eingeleitet werden (§ 3 Abs. 5 und 6).
- (3) Die dem Grundstück zugeführten Wassermengen werden durch Wasserzähler ermittelt. Bei dem aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogenen Wasser gilt die mit dem Wasserzähler gemessene Wassermenge als Verbrauchsmenge. Hat ein Wasserzähler nicht ordnungsgemäß funktioniert, so wird die Wassermenge von der Stadt unter Zugrundelegung des Verbrauchs des Vorjahres geschätzt.
- (4) Bei der Wassermenge aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z.B. privaten Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen, Zisternen) hat der Gebührenpflichtige den Mengennachweis durch einen von der Stadt einzubauenden und zu verplombenden geeichten Wasserzähler zu führen. Die Stadt kann sich zur Durchführung der Arbeiten eines Dritten bedienen. Der Wasserzähler bleibt Eigentum der Stadt. Die Kosten sowohl für den Einbau, den Ausbau und den turnusmäßigen Wechsel aufgrund eichrechtlicher Vorschriften als auch für die Feststellung und Abrechnung der maßgeblichen Wassermenge gehen zu Lasten des Gebührenpflichtigen. Ist dem Gebührenpflichtigen im Einzelfall der Einbau eines solchen Wasserzählers nicht zumutbar, so ist die Stadt berechtigt, die aus diesen

Anlagen zugeführten Wassermengen zu schätzen (z.B. auf der Grundlage der durch die wasserrechtliche Erlaubnis festgelegten Entnahmemengen oder auf der Grundlage der Pumpleistung sowie Betriebsstunden der Wasserpumpe oder unter Berücksichtigung der statistischen Verbräuche im Stadtgebiet). Eine Schätzung erfolgt auch, wenn der Wasserzähler nicht ordnungsgemäß funktioniert.

- (5) Bei der Ermittlung der Schmutzwassermenge werden die auf dem Grundstück nachweisbar verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen abgezogen. Von dem Abzug sind Wassermengen bis zu 15 m³ jährlich ausgeschlossen. Der Nachweis der verbrauchten und zurückgehaltenen Wassermengen obliegt dem Gebührenpflichtigen. Der Gebührenpflichtige ist verpflichtet, den Nachweis der verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen durch einen von der Stadt einzubauenden und geeichten Wasserzähler zu führen. Die Stadt kann sich zur Durchführung der Arbeiten eines Dritten bedienen. Der Wasserzähler bleibt Eigentum der Stadt. Die Kosten sowohl für den Einbau, den Ausbau und den turnusmäßigen Wechsel aufgrund eichrechtlicher Vorschriften als auch für die Feststellung und Abrechnung der maßgeblichen Wassermenge gehen zu Lasten des Gebührenpflichtigen. Ist der Einbau im Einzelfall nicht zumutbar, so hat der Gebührenpflichtige den Nachweis durch nachprüfbare Unterlagen zu führen, aus denen sich insbesondere ergibt, aus welchen nachvollziehbaren Gründen Wassermengen der städtischen Abwasseranlage nicht zugeleitet werden und wie groß diese Wassermengen sind. Die nachprüfbaren Unterlagen müssen geeignet sein, der Stadt eine zuverlässige Schätzung der auf dem Grundstück zurückgehaltenen Wassermengen zu ermöglichen. Soweit der Gebührenpflichtige aus diesem Grund mittels eines speziellen Gutachtens den Nachweis erbringen will, hat er die gutachterlichen Ermittlungen vom Inhalt, von der Vorgehensweise und vom zeitlichen Ablauf vorher mit der Stadt abzustimmen.
- (6) Alternativ zu § 3 Abs. 5 kann bei Bäckereien ein Abzug von 20 % auf die Gesamtfrischwassermenge für nicht der Abwasseranlage zugeführtes Schmutzwasser eingeräumt werden.
- (7) Für die in § 3 Abs. 6 aufgeführten Betriebe darf die nach Gewährung des Abzuges verbleibende Schmutzwassermenge jährlich 35 m³ je zum Haushalt gehörender Person nicht unterschreiten. Dies gilt jedoch nur dann, wenn eine Schätzung der nicht der Abwasseranlage zugeführten Schmutzwassermenge erfolgt. Satz 2 ist sinngemäß anzuwenden, wenn der Einbau eines gesonderten Wasserzählers nach Abs. 5 für den Gebührenpflichtigen nicht zumutbar ist. Stichtag für die Personenstandsaufnahme ist der 1. Dezember des dem Veranlagungsjahr vorangehenden Jahres.
- (8) Die Gebührensätze ergeben sich aus § 5 Abs. 1, 2 und 5 dieser Satzung.

§ 4

Niederschlagswassergebühren

- (1) Grundlage der Gebührenberechnung für das Niederschlagswasser ist die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Grundstücksfläche, von denen Niederschlagswasser leitungsgebunden oder nicht leitungsgebunden abflusswirksam in die städtische Abwasseranlage gelangen kann. Eine nicht leitungsgebundene Zuleitung liegt insbesondere vor, wenn von bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen oberirdisch aufgrund des Gefälles Niederschlagswasser in die städtische Abwasseranlage gelangen kann.
- (2) Bei der Ermittlung der gebührenpflichtigen Grundstücksfläche wird nach der Art der Oberflächenbefestigung unterschieden. Die gebührenpflichtige Grundstücksfläche be-

rechnet sich aus der Summe der anteiligen bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Grundstücksflächen, multipliziert mit den nachfolgend aufgeführten Faktoren:

- | | |
|---|------|
| a) Schräg- und Flachdächer, Asphalt, Beton, Pflaster oder Platten mit Fugenverguss | 1,0, |
| b) Pflaster oder Platten mit offenen Fugen auf durchlässig befestigtem Untergrund | 0,8, |
| c) begrünte Dächer sowie wassergebundene Decken; Öko-Pflaster, Sickerpflaster, Rasengittersteine, Pflaster mit offenen Fugen über 2 cm – jeweils auf durchlässig befestigtem Untergrund | 0,5. |

- (3) Die bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Befragung der Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Stadt auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten sowie in die öffentliche Abwasseranlage abflusswirksamen Fläche auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Insbesondere ist er verpflichtet, zu einem von der Stadt vorgelegten Lageplan über die bebauten (bzw. überbauten) und/ oder befestigten sowie abflusswirksamen Flächen auf seinem Grundstück Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob diese Flächen durch die Stadt zutreffend ermittelt wurden. Auf Anforderung der Stadt hat der Grundstückseigentümer einen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen, aus denen sämtliche bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Stadt die Vorlage weiterer Unterlagen fordern. Kommt der Grundstückseigentümer seiner Mitwirkungspflicht nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben/Unterlagen des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute (bzw. überbaute) und/oder befestigte sowie abflusswirksame Fläche von der Stadt geschätzt.

Die Datenerhebung, Datenspeicherung und Datennutzung erfolgt zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt (z. B. Planung und ausreichende Dimensionierung der öffentlichen Kanäle), zur verursachergerechten Abrechnung der Niederschlagswassergebühr und zum Nachweis der rechtmäßigen Erhebung der Niederschlagswassergebühr. Insoweit hat der Grundstückseigentümer als Gebührenschuldner den damit verbundenen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu dulden.

- (4) Wird die Größe der bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Fläche verändert, so hat der Grundstückseigentümer dies der Stadt innerhalb eines Monats nach Abschluss der Veränderung anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gilt § 4 Abs. 2 entsprechend. Die veränderte Größe der bebauten und/ oder befestigten Fläche wird mit Beginn des auf die Veränderung folgenden Monats wirksam.
- (5) Niederschlagswasser von an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossenen bebauten (bzw. überbauten) und/oder befestigten Flächen, welches vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage in Auffangbehälter (Regenwassernutzungsanlagen, Zisternen) eingeleitet wird, kann für den Eigenbedarf auf dem Grundstück als Brauchwasser genutzt werden. Die zu diesem Zweck erforderliche Hausleitungsanlage muss den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik entsprechen. Die Verantwortlichkeit für die ordnungsgemäße Errichtung und den ordnungsgemäßen Betrieb derartiger Brauchwasseranlagen trägt der Gebührenpflichtige. Werden auf dem Grundstück entsprechende Anlagen betrieben, aus denen Schmutzwasser anfällt (z.B. durch Verwendung als Waschwasser oder Toilettenspülwasser) und der öffentlichen Abwasseranlage zugeführt wird, unterliegt es der Gebührenpflicht gemäß § 3 Abs. 4. In diesem Fall reduziert sich die für die Erhebung der Niederschlagswassergebühr maßgebliche Fläche, von

der das Oberflächenwasser in die Brauchwasseranlage gelangt, um 1,6 m² je m³ Wasser, der aus der Anlage wieder entnommen und nach Gebrauch als Schmutzwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet wird.

- (6) Die Gebührensätze ergeben sich aus § 5 Abs. 3 und 4 dieser Satzung.

§ 5 Gebührensätze

- (1) Die Gebühr für **Schmutzwasser** (§ 3) beträgt ab dem 01.01.2010
- a) jährlich 72,00 € (= 6,00 €/monatlich) je angeschlossenem Grundstück für Vorhalteleistungen der Stadt (= Grundgebühr) und
 - b) jährlich 3,11 € je m³ Schmutzwasser.
- (2) Davon abweichend beträgt die Gebühr für **Schmutzwasser** vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009
- a) jährlich 72,00 € (= 6,00 €/monatlich) je angeschlossenem Grundstück für Vorhalteleistungen der Stadt (= Grundgebühr) und
 - b) jährlich 3,08 € je m³ Schmutzwasser.
- (3) Die Gebühr für **Niederschlagswasser** (§ 4) für die bebaute und/oder überbaute befestigte Fläche im Sinne des § 4 Abs. 1 und 2 beträgt ab dem 01.01.2010
- a) pro angefangene 100 m² dieser Fläche jährlich 18,00 € (= 1,50 €/monatlich) für Vorhalteleistungen der Stadt (= Grundgebühr) und
 - b) jährlich 0,57 € je m² dieser Fläche.
- (4) Davon abweichend beträgt die Gebühr für **Niederschlagswasser** (§ 4) für die bebaute und/oder überbaute befestigte Fläche im Sinne des § 4 Abs. 1 und 2 vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009
- a) pro angefangene 100 m² dieser Fläche jährlich 18,00 € (= 1,50 €/monatlich) für Vorhalteleistungen der Stadt (= Grundgebühr) und
 - b) jährlich 0,58 € je m² dieser Fläche.
- (5) Die **Verwaltungsgebühr** für die Leistungen der Stadt gemäß § 3 Abs. 4 und 5 beträgt je (zusätzlichem) Wasserzähler
- a) einmalig 90,00 € für den mit dem Einbau und turnusmäßigen Wechsel des Zählers aufgrund eichrechtlicher Vorschriften verbundenen Aufwand,
 - b) einmalig 30,00 € für den lediglich mit dem Ausbau des Zählers aufgrund einer Abmeldung verbundenen Aufwand,
 - c) jährlich 10,00 € für den mit der Feststellung und Abrechnung der maßgeblichen Wassermengen verbundenen Aufwand.

§ 6 Beginn und Ende der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem Ersten des Monats, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses folgt.
- (2) Für Anschlüsse, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits bestehen, beginnt die Gebührenpflicht nach dieser Satzung mit deren Inkrafttreten.
- (3) Die Gebührenpflicht endet mit dem Wegfall des Anschlusses an die Abwasseranlage. Endet die Gebührenpflicht im Laufe eines Monats, so wird die Gebühr bis zum Ablauf des Monats erhoben, in dem die Veränderung erfolgt.
- (4) Die Gebührenpflicht gemäß § 5 Abs. 5 Buchst. a entsteht mit dem betriebsfertigen Einbau oder turnusmäßigen Wechsel des (zusätzlichen) Wasserzählers aufgrund eichrechtlicher Vorschriften.
- (5) Die Gebührenpflicht gemäß § 5 Abs. 5 Buchst. b entsteht mit dem Ausbau des (zusätzlichen) Wasserzählers.

§ 7 Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtige sind
 - a) der Grundstückseigentümer bzw. wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, der Erbbauberechtigte,
 - b) der Nießbraucher oder derjenige, der ansonsten zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigt ist,
 - c) der Träger der Straßenbaulast.Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (2) Im Falle eines Eigentumswechsels ist der neue Grundstückseigentümer vom Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung im Grundbuch folgt. Für sonstige Gebührenpflichtige gilt dies entsprechend. Eigentums- bzw. Nutzungswechsel hat der bisherige Gebührenpflichtige der Stadt innerhalb eines Monats nach der Rechtsänderung schriftlich mitzuteilen.
- (3) Die Gebührenpflichtigen haben alle für die Berechnung der Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie der Stadt die erforderlichen Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben ferner zu dulden, dass Beauftragte der Stadt das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlage festzustellen oder zu überprüfen.

§ 8 Fälligkeit der Gebühr

- (1) Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Die Gebühren können zusammen mit anderen Abgaben erhoben werden.

- (2) Die Abrechnung der Gebühren sowie das Ablesen der Zähler der Zählereinrichtungen erfolgt einmal jährlich, und zwar zum Jahresende für das abgelaufene Kalenderjahr. Unterjährige Zählerablesungen aufgrund von Eigentumswechsel oder anderen Vorkommnissen, die eine Zwischenablesung erforderlich machen, bleiben hiervon unberührt. Soweit erforderlich, kann sich die Stadt hierbei der Mitarbeit der Gebührenpflichtigen bedienen.

§ 9 Vorausleistungen

- (1) Die Stadt erhebt auf die Gebühren gemäß § 5 Abs. 1 bis 4 am 15.02., 15.05, 15.08. und 15.11. jeden Kalenderjahres nach § 6 Abs. 4 KAG NRW Vorausleistungen auf die Jahresschmutzwassergebühr in Höhe von einem Viertel der Schmutzwassermenge, die sich aus der Abrechnung des Vorjahres ergibt. Ist eine solche Berechnung nicht möglich, bemessen sich die Abschlagszahlungen und Teilzahlungen nach dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Haushalte oder Betriebe. Bei Erst- oder Neubezug von Wohnungen ist die Stadt berechtigt, in Ermangelung entsprechender Vergleichswerte hilfsweise eine Abwassermenge von jährlich 35 m³ je zum Haushalt gehörender Person zugrunde zu legen.

Ebenso erhebt die Stadt am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. jeden Kalenderjahres nach § 6 Abs. 4 KAG NRW Vorausleistungen auf die Jahresniederschlagswassergebühr in Höhe von einem Viertel der bebauten und/oder überbauten befestigten Flächen, die sich aus der Abrechnung des Vorjahres ergibt.

- (2) Die Stadt ist berechtigt, die Vorauszahlungen gemäß Abs. 1 der Gebühr anzupassen, die sich für den laufenden Erhebungszeitraum voraussichtlich ergeben wird.
- (3) Der Vorausleistungssatz entspricht dem Gebührensatz für das jeweilige Kalenderjahr
- (4) Die Gebühr entsteht erst am 31.12. des jeweiligen Kalenderjahres. Die Endabrechnung und endgültige Festsetzung erfolgt im darauf folgenden Kalenderjahr durch Bescheid.
- (5) Ergibt sich bei der Abrechnung, dass zu hohe Vorausleistungen bemessen wurden, so wird der übersteigende Betrag erstattet bzw. verrechnet. Wurden die Vorausleistungen zu gering bemessen, wird der fehlende Betrag bei der Abrechnung nacherhoben. Nach der Beendigung des Benutzungsverhältnisses werden zuviel gezahlte Vorausleistungen erstattet. Die auf einen zurückliegenden Erhebungszeitraum bezeichneten Abrechnungsbeträge sowie die sich aus der Abrechnung der Vorausleistungen ergebenden Nachzahlungsbeträge sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 10 Verwaltungshelfer

Die Stadt ist berechtigt, sich bei der Anforderung von Gebühren und Vorauszahlungen der Hilfe des zuständigen Wasserversorgers oder eines anderen von ihr beauftragten Dritten zu bedienen.

§ 11**Gebühr für die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen**

- (1) Für die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen (abflusslose Gruben und Kleinkläranlagen für häusliches Schmutzwasser) erhebt die Stadt Benutzungsgebühren.
- (2) Die Gebühr für die Entsorgung des Inhalts der Grundstücksentwässerungsanlage gliedert sich in eine Grundgebühr je Entsorgungstermin für Vorhalteleistungen der Stadt (Abs. 6 Buchst. a) und in eine Gebühr, die nach der ausgepumpten Menge in m³ (Abfuhrmenge; Abs. 6 Buchst. b) berechnet wird. Zur Abfuhrmenge zählt auch das zum Absaugen erforderliche Spülwasser.
- (3) Bei jeder Entsorgung wird die Abfuhrmenge anhand der Messeinrichtung des Abfuhrfahrzeuges ermittelt. Beim Abfuhrtermin soll der Grundstückseigentümer oder ein von ihm Bevollmächtigter anwesend sein, der die gemessene Abfuhrmenge schriftlich zu bestätigen hat. Ist trotz vorheriger Terminvereinbarung weder der Grundstückseigentümer noch ein von ihm Bevollmächtigter erschienen, hat er die festgestellte Abfuhrmenge gegen sich gelten zu lassen.
- (4) Falls der Grundstückseigentümer seinen Verpflichtungen gemäß § 5 Abs. 2 und § 6 der Satzung der Stadt Nideggen über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen nicht oder nicht ausreichend nachkommt und sich daraus Mehraufwendungen ergeben, ist er zum Ersatz der hierdurch bedingten Mehrkosten verpflichtet (Abs. 7 Buchst. a).
- (5) Wenn durch das Verschulden des Grundstückseigentümers das Abfuhrfahrzeug ein Grundstück anfährt, ohne eine Entleerung vornehmen zu können, hat der Grundstückseigentümer die der Stadt daraus entstehenden Aufwendungen zu ersetzen (Abs. 7 Buchst. b).
- (6) Die Gebühr für die Entsorgung des Inhalts der Grundstücksentwässerungsanlage (Abs. 2) beträgt
 - a) 40,00 € je Entsorgungstermin für Vorhalteleistungen der Stadt (= Grundgebühr) und
 - b) 35,00 € je m³ Abfuhrmenge.
- (7) Die Verwaltungsgebühr beträgt für
 - a) die Verlegung eines Schlauches von mehr als 20 m Länge 2,00 € für jeden weiteren angefangenen Meter (Abs. 4),
 - b) jede vergebliche Anfahrt des Entsorgungsunternehmens 50,00 € (Abs. 5).
- (8) Die Gebührenpflicht gemäß Abs. 6 und Abs. 7 Buchst. a entsteht mit dem Zeitpunkt des Auspumpens der Grundstücksentwässerungsanlage, gemäß Abs. 7 Buchst. b mit der vergeblichen Anfahrt.
- (9) Gebührenpflichtiger ist der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte oder der sonst zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte, auf dessen Grundstück die Grundstücksentwässerungsanlage betrieben wird. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (10) Die Gebühr wird dem Gebührenpflichtigen durch einen Gebührenbescheid bekannt gegeben. Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

3. Abschnitt Beitragsrechtliche Regelungen

§ 12 Kanalanschlussbeitrag

- (1) Zum Ersatz des durchschnittlichen Aufwandes für die Herstellung der städtischen Abwasseranlage erhebt die Stadt einen Kanalanschlussbeitrag im Sinne des § 8 Abs.4 Satz 3 KAG NRW.
- (2) Die Kanalanschlussbeiträge sind die Gegenleistung für die Möglichkeit der Inanspruchnahme der städtischen Abwasseranlage und den hierdurch gebotenen wirtschaftlichen Vorteil für ein Grundstück. Die Kanalanschlussbeiträge dienen dem Ersatz des Aufwandes der Stadt für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung der städtischen Abwasseranlage.
- (3) Der Kanalanschlussbeitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 13 Gegenstand der Beitragspflicht

- (1) Ein Grundstück unterliegt der Beitragspflicht, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 1. Das Grundstück muss an die Abwasseranlage tatsächlich und rechtlich angeschlossen werden können;
 2. für das Grundstück muss nach der Entwässerungssatzung ein Anschlussrecht bestehen;
 3. a) für das Grundstück muss eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt sein (z.B. durch Bebauungsplan), sodass es bebaut oder gewerblich genutzt werden darf, oder
b) das Grundstück muss – soweit eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist (z.B. im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB) – nach der Verkehrsauffassung Bauland sein und nach der geordneten städtebaulichen Entwicklung der Stadt zur Bebauung anstehen.
- (2) Wird ein Grundstück an die Abwasseranlage tatsächlich angeschlossen (z.B. im Außenbereich nach § 35 BauGB), so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht vorliegen.
- (3) Der Beitragspflicht nach Abs. 1 unterliegen auch Grundstücke, die im Rahmen der Niederschlagswasserbeseitigung mittelbar an die städtische Abwasseranlage angeschlossen sind. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Niederschlagswasser von Grundstücken oberirdisch ohne leitungsmäßige Verbindung in die städtische Abwasseranlage (z.B. in ein von der Stadt betriebenes Mulden-Rigolen-System) gelangen kann.
- (4) Grundstück im Sinne des 3. Abschnittes dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch jeder demselben Grundstückseigentümer gehörende Teil der Grundfläche, der selbständig baulich oder gewerblich genutzt werden darf und an die Anlage angeschlossen werden kann.

§ 14 Beitragsmaßstab

(1) Maßstab für den Beitrag ist die Veranlagungsfläche. Diese ergibt sich durch Vervielfachen der Grundstücksfläche mit dem Veranlagungsfaktor.

(2) Als Grundstücksfläche gilt:

1. bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplans die tatsächliche Grundstücksfläche, höchstens jedoch die vom Bebauungsplan erfasste Grundstücksfläche,
2. wenn ein Bebauungsplan nicht besteht, d.h. bei Grundstücken im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) und im Außenbereich (§ 35 BauGB), oder wenn der Bebauungsplan eine andere als bauliche oder gewerbliche Nutzung vorsieht,
 - a) bei Grundstücken, die an eine Erschließungsstraße angrenzen, die tatsächliche Grundstücksfläche bis zu einer Tiefe von 40 m von der Grundstücksgrenze, die der Erschließungsstraße zugewandt ist;
 - b) bei Grundstücken, die nicht an eine Erschließungsstraße unmittelbar angrenzen, die Fläche von der der Erschließungsstraße zugewandten Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von 40 m.

Reicht die bauliche oder gewerbliche Nutzung über die Tiefenbegrenzung von 40 m hinaus, so ist die Grundstückstiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der baulichen Nutzung bestimmt wird, die einen Entwässerungsbedarf nach sich zieht. Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zur Straße herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt.

(3) Entsprechend der Ausnutzbarkeit wird die Grundstücksfläche mit einem Veranlagungsfaktor vervielfacht, der im Einzelnen beträgt:

- | | |
|--|-------|
| a) bei ein- und zweigeschossiger Bebaubarkeit: | 1,0 |
| b) bei drei- und viergeschossiger Bebaubarkeit: | 1,3 |
| c) bei fünf- und sechsgeschossiger Bebaubarkeit: | 1,6 |
| d) bei über sechsgeschossiger Bebaubarkeit: | 1,75. |

(4) Als zulässige Zahl der Geschosse gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Weist der Bebauungsplan nur Grundflächen- und Baumassenzahl oder nur die zulässige Höhe der Bauwerke und keine höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse aus, so gilt als Geschosszahl die Höhe des Bauwerks geteilt durch drei wobei Bruchzahlen auf volle Zahlen abgerundet oder aufgerundet werden. Ist im Einzelfall eine größere Geschosszahl zugelassen oder vorhanden und geduldet, so ist diese zugrunde zu legen.

(5) In unbeplanten Gebieten und bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan weder die Geschosszahl noch die Baumassenzahl festgesetzt ist, ist maßgebend:

- a) bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen Geschosse;
- b) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Geschosse.

- (6) Grundstücke, auf denen nur Garagen oder Stellplätze gebaut werden dürfen, gelten als eingeschossig bebaubare Grundstücke.
- (7) In Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten werden die in Abs. 3 genannten Nutzungsfaktoren um je 0,33 erhöht. Dieses gilt auch, wenn Gebiete nicht in einem Bebauungsplan festgesetzt, aber aufgrund der vorhandenen Bebauung und sonstigen Nutzung als Kerngebiete, Gewerbegebiete oder Industriegebiete anzusehen sind oder wenn eine solche Nutzung aufgrund der in der Umgebung vorhandenen Nutzung zulässig wäre oder eine solche Nutzung überwiegend betrieben wird.
- (8) Grundstücke, die im Bebauungsplan als „Gemeinbedarfsfläche“ ohne Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse ausgewiesen sind, werden wie Grundstücke mit zweigeschossiger Bebaubarkeit behandelt.
- (9) Grundstücke, die nicht baulich oder gewerblich genutzt sind und auch nicht baulich oder gewerblich genutzt werden dürfen (z.B. Gemeinbedarfs- oder Grünflächengrundstücke, Friedhöfe, Freibäder, Kleingartengelände, Sportplätze), werden mit 0,5 der Grundstücksflächen angesetzt.

§ 15 Beitragssatz

- (1) Der Beitrag beträgt 7,62 € je m² Veranlagungsfläche.
- (2) Besteht nicht die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit des Vollanschlusses, so wird ein Teilbetrag erhoben. Dieser beträgt:
 - a) bei einem Anschluss nur für Schmutzwasser 65 % des Beitrags,
 - b) bei einem Anschluss nur für Niederschlagswasser 35 % des Beitrags,
 - c) bei einem nur teilweise gebotenen Anschluss für Niederschlagswasser 50 %.
- (3) Entfallen die in Abs. 2 bezeichneten Beschränkungen der Benutzungsmöglichkeit, so ist der Restbetrag nach dem zu diesem Zeitpunkt geltenden Beitragssatz zu zahlen.

§ 16 Entstehen der Beitragspflicht

- (1) Die Beitragspflicht entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden kann.
- (2) Im Falle des § 14 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht mit dem Anschluss. In den Fällen des § 15 Abs. 2 entsteht die Beitragspflicht für den Restbetrag, sobald die Beschränkungen der Nutzungsmöglichkeit entfallen.
- (3) Für Grundstücke, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bereits an die Abwasseranlage angeschlossen waren oder werden konnten, entsteht die Beitragspflicht mit Inkrafttreten dieser Satzung.
- (4) In den Fällen des Abs. 3 entsteht keine Anschlussbeitragspflicht, wenn für den Anschluss des Grundstücks bereits eine Anschlussgebühr oder ein Anschlussbeitrag nach früherem Recht gezahlt oder ein dahingehender Anspruch erlassen wurde oder verjährt ist.

§ 17 Beitragspflichtiger

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.
- (2) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 18 Fälligkeit der Beitragsschuld

- (1) Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.
- (2) Widerspruch und Klage gegen einen Beitragsbescheid haben gem. § 80 Abs. 1 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung keine aufschiebende Wirkung und entbinden deshalb nicht von der Pflicht zur fristgerechten Zahlung.

4. Abschnitt Aufwandsersatz für Anschlussleitungen

§ 19 Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen

- (1) Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie die Kosten für die Unterhaltung einer Grundstücksanschlussleitung an die städtische Abwasseranlage sind der Stadt nach § 10 Abs. 1 KAG NRW zu ersetzen.
- (2) Der Ersatzanspruch entsteht auch für Pumpstationen bei Druckentwässerungssystemen.
- (3) Grundstücksanschluss ist die leitungsmäßige Verbindung von dem Hauptkanal in der Straße bis zur Grundstücksgrenze.

§ 20 Ermittlung des Ersatzanspruchs

Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Beseitigung, Veränderung und die Kosten für die Unterhaltung werden auf der Grundlage der tatsächlichen entstandenen Kosten abgerechnet. Erhält ein Grundstück mehrere Anschlussleitungen, so wird der Ersatzanspruch für jede Leitung berechnet.

§ 21 Entstehung des Ersatzanspruchs

Der Ersatzanspruch entsteht mit der endgültigen Herstellung der Anschlussleitung, im Übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.

§ 22 Ersatzpflichtige

- (1) Ersatzpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Kostenersatzbescheides Eigentümer des Grundstücks ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.
- (2) Mehrere Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigte haften als Gesamtschuldner.
- (3) Erhalten mehrere Grundstücke eine gemeinsame Anschlussleitung, so haften die Grundstückseigentümer bzw. die Erbbauberechtigten als Gesamtschuldner.

§ 23 Fälligkeit des Ersatzanspruchs

Der Ersatzanspruch wird einen Monat nach Bekanntgabe des Heranziehungsbescheides fällig.

5. Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 24 Auskunftspflichten

- (1) Die Beitrags- und Gebührenpflichtigen haben alle für die Berechnung der Beiträge und Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben zu dulden, dass Beauftragte der Stadt das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.
- (2) Werden die Angaben verweigert oder sind sie aus sonstigen Gründen nicht zu erlangen, so kann die Stadt die für die Berechnung maßgebenden Merkmale unter Berücksichtigung aller sachlichen Umstände schätzen oder durch einen anerkannten Sachverständigen auf Kosten des Beitrags- und Gebührenpflichtigen schätzen lassen.
- (3) Die vorstehenden Absätze gelten für den Kostenersatzpflichtigen entsprechend.

§ 25 Billigkeits- und Härtefallregelung

Ergeben sich aus der Anwendung dieser Satzung im Einzelfall besondere, insbesondere nicht beabsichtigte Härten, so können die Kanalanschlussbeiträge, Abwassergebühren und der Kostenersatz gestundet, ermäßigt, niedergeschlagen oder erlassen werden.

§ 26 Zwangsmittel

Die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW.

**§ 27
Rechtsmittel**

Das Verfahren bei Verwaltungsstreitigkeiten richtet sich nach den Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung.

**§ 28
Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt treten außer Kraft
 - a) die Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Nideggen vom 19.12.1986 in der Fassung der XII. Nachtragssatzung vom 25.04.2005,
 - b) die Satzung über die Erhebung des Beitrages für den Anschluss an die öffentliche Kanalisationsanlage der Stadt Nideggen (Anschlussbeitragssatzung) vom 08.10.1997 sowie
 - c) die Satzung der Stadt Nideggen über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen 09.02.1988 in der Fassung der III. Nachtragssatzung vom 19.12.2001.
- (2) Abweichend von Absatz 1 treten die gebührenrechtlichen Regelungen der §§ 3, 4 und 5 Absatz 2 und 4 rückwirkend zum 01.01.2009, § 5 Abs. 1 und 3 rückwirkend zum 01.01.2010 in Kraft, soweit sie die getrennte Erhebung von Schmutz- und Niederschlagswassergebühren betreffen und ersetzen insoweit die entsprechenden gebührenrechtlichen Regelungen des § 2 der Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Nideggen vom 19.12.1986 in der Fassung der XII. Nachtragssatzung vom 25.04.2005.

Bekanntmachung

Die vorstehende Satzung der Stadt Nideggen über die Erhebung von Abwassergebühren, Kanalanschlussbeiträgen und Kostenersätzen für Grundstücksanschlüsse vom 08.07.2010 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Nideggen, den 08.07.2010

Die Bürgermeisterin

(Göckemeyer)